



CDU-Bundestagsmitglied Oliver Grundmann (Mitte) während der Bauerndemo in Berlin Foto: Grundmann

„Kein Gängeln oder Bauern-Bashing“

Niedersachsens CDU stellt sich hinter Landwirte

(ab). Während der Bauerndemo in Berlin suchte der Stader Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann (CDU) das Gespräch mit den Landwirten. Es sei eine eindrucksvolle Demonstration mit allein 700 Traktoren aus dem Elbe-Weser-Raum gewesen. „Die Botschaft ist angekommen“, so Grundmann. Er könne viele Kritikpunkte nachvollziehen.

Zum Thema Nitratmessstellen sagte er, Grundwasserschutz stehe an oberster Stelle, aber Messverfahren müssten transparent und nachvollziehbar sein. Es brauche „keine Gängelung durch unnötige Bürokratie oder Bauern-Bashing aus der Ideologie-Ecke“.

Demo-Mitorganisator Dirk Koslowski aus Wohnste sagte: „Dass wir zum Sündenbock gemacht werden, stinkt uns gewaltig. Wir haben ein Recht darauf, zu erfahren, warum einzelne Messstellen als ‚rot‘ ausgewiesen werden.“ Es müsse geklärt werden, ob der Wert tatsächlich durch die Landwirtschaft beeinflusst oder gibt es andere Verursacher gebe.

Auch die beiden CDU-Landtagsabgeordneten Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke stellen sich hinter die Landwirtschaft. „Die Landwirtschaft wird gebraucht, sie gehört in die Mitte der Gesellschaft und es bedarf eines Gesellschaftsvertrages zur Zukunft der Landwirtschaft. Das sind die Kernbotschaften, die vom diesjährigen Bundesparteitag ausgehen“, sagte Kai Seefried.

Landwirtinnen und Landwirte erwarteten zu Recht Anerkennung und Respekt für ihre Arbeit sowie

eine verlässliche Politik. Im Begriff Landwirtschaft verberge sich auch der Begriff „Wirtschaft“, und dieser benötige ein stabiles Umfeld. Am Ende der Wertschöpfungskette profitiere die ganze Gesellschaft.

Die Landwirtschaft stehe auch in wirtschaftlicher Hinsicht unter Druck. Helmut Dammann-Tamke: „Der Handel führt einen Preiskampf auf Kosten der Landwirte. Der Verbraucher erwartet zu Recht höchste Qualität bei größtmöglichen Umwelt- und Tierschutzstandards. Jedoch werden die dafür erforderlichen Preise nur selten gegenüber dem Landwirt gezahlt“. Dies sei unter anderem auch offenen Weltmärkten geschuldet.

Der nun beschlossene Antrag „Für eine Zukunft mit Landwirtschaft - für eine Landwirtschaft mit Zukunft“ fordere eine verlässliche Zukunftsperspektive für die Landwirtschaft. Es gelte, einen breit getragenen gesellschaftlichen Konsens zu erarbeiten, der versucht, ein Bild von der Landwirtschaft in 25 Jahren zu entwerfen.

Landkreiswirt Johann Knabbe informierte jedoch darüber, dass das Agrarpaket in seiner jetzigen Form entschieden abgelehnt werde. „Ich erkenne an, dass es auf dem CDU-Parteitag allein 17 Tagesordnungspunkte zur Landwirtschaft gab. Aber jetzt muss dringend mit dem Umweltministerium gesprochen werden.“ Gerade dann, wenn es um Fragen zu Sondergebietsverordnungen ginge. „Denn hier droht jetzt neue Gefahr“, so Knabbe.

